



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke, Barbara Fuchs, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Maximilian Deisenhofer, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Schwamberger, Gabriele Triebel** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Haushaltsplan 2022;

**hier: Koordinationsstelle für Friedens- und Konfliktforschung
(Kap. 15 03 neuer Tit.)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2022 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 15 03 wird ein neuer Tit. „Koordinationsstelle im Bereich Friedens- und Konfliktforschung“ ausgebracht und mit Mitteln in Höhe von 61,4 Tsd. Euro ausgestattet.

Es wird eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 154,2 Tsd. Euro, fällig zu gleichen Teilen in den Jahren 2023, 2024 und 2025, ausgebracht.

Begründung:

Als wichtiger praktischer Schritt auf dem Weg, Friedens- und Konfliktforschung in Bayern zu etablieren, soll eine Koordinationsstelle, welche der Universität Bayern e. V. zugeordnet ist, etabliert werden. Das Aufgabenfeld dieser Stelle ist die weitere Vernetzung und Koordination der Friedens- und Konfliktforschung in Bayern.

Mit der Etablierung der Koordinationsstelle ist die Anbindung an das wissenschaftliche Netzwerk der Universität Bayern e. V. mit mittlerweile über 60 Forschenden im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung gesichert. Die bisher von der Universität Bayern e. V. bereitgestellte Internetplattform könnte weiter genutzt werden.

Im Juli 2019 zeichnete der Wissenschaftsrat in seinen „Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Friedens- und Konfliktforschung“ in Deutschland ein düsteres Bild des aktuellen Zustands der naturwissenschaftlich-technisch orientierten Friedens- und Konfliktforschung: Nachdem Deutschland lange Zeit international führend gewesen sei, sei in den letzten Jahren ein eklatanter Kompetenzverlust zu verzeichnen. Der umfassende Beratungsbedarf in Politik und Öffentlichkeit könne aktuell nicht mehr gedeckt werden.

In Anbetracht dieser Situation empfiehlt der Wissenschaftsrat den Ausbau langfristiger und stabiler institutioneller Strukturen. Bund und Länder sollten Fördermaßnahmen einrichten, die Forschungs- und Transfervorhaben an der Schnittstelle von naturwissenschaftlich-technischer sowie im weitesten Sinne sozialwissenschaftlicher Friedens- und Konfliktforschung anregen. Angesichts dieser Empfehlung des Wissenschaftsrates aus dem Jahr 2019 ist schnelles Handeln gefragt, bevor andere Bundesländer aktiv werden und Bayern weiter ins Hintertreffen gerät.